

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/51. Jahrgang

April 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Stellungnahme der DKP zur Corona-Krise

Die Zunahme von Erkrankungen aufgrund des Coronavirus COVID-19 weltweit und auch in der BRD ist besorgniserregend. Die herrschende Klasse sorgt sich nicht um die Gesundheit der Bevölkerung, sondern nutzt die Situation einmal mehr für ihre Interessen:

Plötzlich ist Geld ohne Ende da. Mit Kurzarbeit übernehmen die öffentli-

chen Kassen die Gehaltszahlungen von Unternehmen, private Banken dürfen ohne Ende an Krediten verdienen, die Risiken tragen nicht sie, sondern der Steuerzahler.

Der Einsatz der Bundeswehr im Innern ist nur ein kleiner Teil des Notstands, der sich im Schatten von Corona gut üben lässt. Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer verkünde-

te in der Welt am Sonntag, dass die Reservisten mobilisiert seien, um Hilfe zu leisten. Was immer jetzt gebraucht werde, die Truppe helfe: "Auf die Bundeswehr können die Menschen sich verlassen", so Annegret Kramp-Karrenbauer. Merkel, Spahn und Co. machen sich angeblich Sorgen um die Kapazitäten des Gesundheitssys-

(Fortsetzung auf Seite 8)



Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März hatten das "Bündnis 8. März" und "Omas gegen rechts" bereits am 7.3. zu Aktionen aufgerufen. Mit einer Menschenkette vom Kreuzplatz bis zur Plockstraße gedachte die Gruppe "Omas gegen rechts" an Femizide. Anschließend demonstrierten etwa 400 Teilnehmer gemeinsam gegen patriarchale und kapitalistische Ausbeutung, gegen ungleiche Löhne und Altersarmut. Politische, rechtliche und wirtschaftliche Freiheit zusammen kann einzig der Sozialismus garantieren. "Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau, ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus." M.L.

200 Kita-Plätze fehlen in Gießen

Offiziell fehlen 200 Kita-Plätze in Gießen. Diese Zahl ist bei 4.565 Kindern unter 6 Jahren und 3.522 Plätzen nicht zu hoch gegriffen, zumal es einen Rechtsanspruch gibt, seit 2013 auch für unter Dreijährige. Dramatisch sei die Lage nicht, so machte es sich Jugenddezernentin Weigel-Greulich (Grüne) im Jugendhilfeausschuss leicht, denn: Es gab noch keine Klage.

Gießen steht mit diesen Problemen nicht alleine da. Überall fehlt es an

Personal, wie auch der Verband Bildung und Erziehung Anfang dieses Jahres nach einer repräsentativen Befragung feststellte:

Nur 8% der Kitas waren durchgehend mit ausreichendem Personal ausgestattet.

In 25% wurde während eines Großteils der Betreuungszeit die Aufsichtspflicht kaum gewährleistet.

Bei 94% der unter Dreijährigen wird das vorgesehene Betreuungsverhältnis nicht eingehalten, bei den Drei-

Inhalt:

FDP kontra AfD/Corona in Gießen	S.2
Gießen klimaneutral - aber wie?	S.3
Rhön-Kliniken/KdU/Abschluss IGM	S.4
Brandplatz-Tiefgarage/Lahnwiese	S.5
DKP-Parteitag/Idlib u.d. freie Westen	S.6
Verfassungsschutz/Corona-Umgang	S.7
Kommentar zu Merkel/keine Termine	S.8

bis Fünfjährigen sind es 76%.

Die Ursachen liegen auf der Hand: die völlige Vernachlässigung des sozialpädagogischen Sektors, eine völlig unzureichende Bezahlung und wenig Wertschätzung für diesen verantwortungsvollen Beruf.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Für Frieden und Sozialismus!



Eklat im Stadtparlament: FDP kontra AfD

Für einen Eklat im Stadtparlament sorgte der FDP-Fraktionsvorsitzende Greilich in der letzten Sitzung. Er begründete nicht nur seine Ablehnung des AfD-Antrags zur Verkleinerung des Parlaments, sondern nutzte seinen Beitrag zu einem Rundumschlag gegen die AfD insgesamt. Anknüpfend an die jüngsten Anschläge von Halle und Hanau zitierte er die faschistischen Sprüche von Gauland und Höcke, die solchen Anschlägen den Boden bereiten. Das war alles sehr zutreffend, aber nicht zum Thema gehörend.

Dass ausgerechnet von der FDP diese Breitseite gefeuert wurde, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass sie – mit ihrem Vorsitzenden Lindner – es war, die die Kungelei mit der AfD in Erfurt betrieben hat und im Ergebnis dessen auch in Hamburg aus dem Parlament geflogen ist. Nicht unerwähnt sollte auch bleiben, dass gerade die FDP nach dem Krieg relativ zur Zahl der Mitglieder das größte Auffangbecken für Nazis war: Noch von 1966 – 1970 waren 60% der hessischen FDP-Landtagsabgeordneten alte Nazis.

Nach diesem Eklat beantragte die AfD die Einberufung des Ältestenrates, um feststellen zu lassen, dass

der Stadtverordnetenvorsteher Schmidt es versäumt habe, Greilich „zur Sache“ zu rufen, wie es entsprechend § 53 der Geschäftsordnung vorgesehen ist, wenn vom Gegenstand der Verhandlung abgewichen wird. Dennoch wurde dies vom Ältestenrat abgelehnt.

Dies wiederum wurde vom Stadtverordneten der Gießener Linken Janitzki (Linkspartei) kritisiert, der sich zu Wort meldete und betonte, dass er Greilichs AfD-Kritik voll und ganz zustimme, dass man mit den Anträgen „hart und ablehnend in der Sache“, aber korrekt umgehen müsse.

Michael Janitzki stieß mit seinem Beitrag auf Protest des Vorsitzenden der Fraktion Gießener Linke, Matthias Riedl, der sogar zeitweise seinen Platz verließ. Es besteht offenbar Diskussionsbedarf. Michael Beltz

Bodo Ramelow, nun wieder Ministerpräsident von Thüringen, hat den AfD-Landtagsvize in Erfurt mit gewählt; seine Begründung: Er verweigere Höcke zwar den Handschlag, „aber den Parlamentsrechten der AfD nicht seine Stimme“.



Corona Politik lässt auch in Gießen die Bedürftigen hängen

Es werden Milliarden für Unternehmen und Konzerne locker gemacht. Aber eine Lösung für Geringbeschäftigte, Selbstständige und Freiberufler, die ab sofort auch kein Einkommen mehr haben, gibt es nicht. Die Schere geht weiter auseinander.

Um Mitarbeiter zu schützen, werden die Ausgaben der Gießener Tafel überall bis auf weiteres geschlossen. Über 2800 Menschen (darunter 800 Kinder) wurden hier an 6 Standorten mit dem Nötigsten zum Leben versorgt. Darauf haben sie sich immer verlassen können, zumal sie es mussten. Deutschlandweit sind 1200 Tafeln geschlossen. Mitarbeiter in Supermärkten müssen sich dennoch der Gefahr der Infektion weiter aussetzen. Behinderte in den Werkstätten müssen weiter

arbeiten, aber die Beratungsstellen der Träger sind geschlossen und im Notfall nur telefonisch zu erreichen, wenn man denn durchkommt. Die Möglichkeiten für Wohnsitzlose zu duschen und zu frühstücken werden stark eingeschränkt. Die Schlafplätze werden weniger, da Anbieter weg-

fallen. Die Kleiderkammer der Caritas und die Arbeitsloseninitiative sind geschlossen.

In der Bahnhofsmission dürfen aktuell nur 4 Personen gleichzeitig in den Aufenthaltsraum und für je 15 Minuten an einem Tisch sitzen. Es findet keine Essensausgabe statt. Selbst *Food-sharing* hat seine *Fairteilung*

von Essen einschränken müssen. Gruppentherapiestunden für kranke Menschen fallen aus, manchmal ist Einzeltherapie über Telefon möglich.

Alleinerziehende, ältere Menschen und alle weiteren Hilfsbedürftigen, die sich nicht selbst um sich kümmern können, deren Existenz bedroht ist, werden allein gelassen. Diese erhalten keine Milliarden oder Hilfspakete.

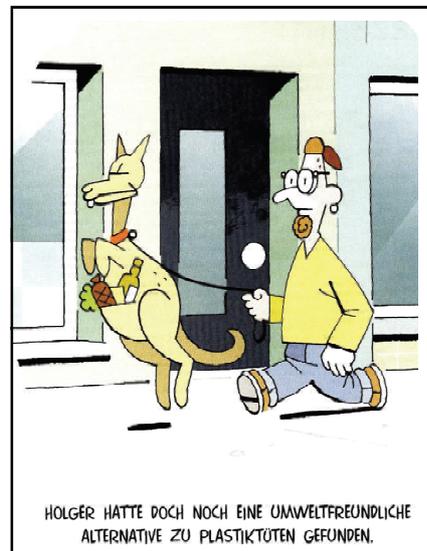
Martina Lennartz



Gießen klimaneutral – aber wie?

Im September 2019 hat das Stadtparlament aufgrund eines Bürgerantrags beschlossen, dass Gießen bis 2035 klimaneutral werden soll. Um das Ziel zu erreichen, müsste der CO₂-Ausstoß in der Stadt jedes Jahr um ca. 7% sinken. Dazu wären viele gute Ideen und viele konkrete Einzelmaßnahmen nötig. Nachdem das erste halbe Jahr verstrichen ist, ist davon noch wenig zu sehen. In Planung sind eine neue Buslinie für Studenten und eine Fahrradstraße auf einer wenig attraktiven Strecke – mit solchen Minischritten wird nicht viel erreicht. Wie im Kapitalismus üblich setzt auch die Stadt auf Wachstum – mehr Einwohner, mehr Gewerbe, z.B. in einem neuen Gewerbegebiet auf dem Brauhausgelände – das sieht eher nach

mehr Energie- und Ressourcenverbrauch aus. Auf vieles hat die Stadt keinen oder nur indirekten Einfluss, z.B. wie die Menschen ihre Wohnungen und Häuser beheizen und wie sie ihre Mobilität und ihren Konsum gestalten. Auch Industrie und Gewerbe werden sich von der Stadt nur sehr begrenzt beeinflussen lassen. Um wenigstens selbst mit gutem Beispiel voranzugehen, müsste die Stadt dort, wo sie selbst gestalten kann, sehr konsequent vorgehen. Die Stadtwerke müssten planmäßig auf sogenannte erneuerbare Energien umstellen und einen sehr guten, klimaneutralen Öffentlichen Nahverkehr bereitstellen, die Wohnbau müsste ihre Wohnungen klimaneutral beheizen ohne die Mieter zu belasten, alle Gebäude in



HOLGER HATTE DOCH NOCH EINE UMWELTFREUNDLICHE ALTERNATIVE ZU PLASTIKTÜTEN GEFUNDEN.

städtischer Verwaltung müssten optimal gedämmt und mit Solaranlagen bestückt werden. Zur Abwendung des Klimawandels wird aber der gute Willen einiger Kommunen und einzelner Menschen nicht reichen. Notwendig wäre eine gesamtgesellschaftliche Planung – die aber ist im kapitalistischen System nicht machbar.

Gernot Linhart

Greta Thunberg zum EU-Plan "klimaneutrales Europa 2050"

Dieses Klimagesetz ist eine Kapitulation, denn die Natur lässt sich nicht über den Tisch ziehen und mit der Physik macht man keinen Deal.

(Fortsetzung von Seite 1)

200 Kita-Plätze fehlen

Wie überall in den sozialen Bereichen wird auch hier an allen Ecken gespart, während bei den asozialen Profithaien und Kriegsgewinnlern Milliarden Steuergelder fließen.

Tarifrunde hat begonnen

Um tatsächliche Verbesserungen für die Kinder sowie für die 265.000 Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten des öffentlichen Dienstes zu erkämpfen, fordert Verdi:

Verbesserung der Eingruppierungsmerkmale, Anpassung der Stufenlaufzeiten, Anerkennung der Berufserfah-



In den Stadtbussen werden keine Fahrkarten mehr verkauft, um die Fahrer vor Ansteckung zu schützen. Die Pflicht, eine Karte zu besitzen, bleibt aber. Karten gibt es nur an einigen Automaten und im Internet bzw. mit einer Smartphone-App. Öffentlichen Nahverkehr gibt es also fast nur noch für Menschen mit Internetanschluss.

rung, Berücksichtigung der Änderungen in der Behindertenhilfe, Verbesserung der Bewertung der Leitungstätigkeit sowie einen genereller Rechtsanspruch auf Qualifikation.

Von der grünen Jugenddezernentin dürfte weder Solidarität noch Unterstützung zu erwarten sein. Frau Weigel-Greulich plädiert lieber für eine Flexibilisierung der strengen Regeln, wer in Kitas arbeiten darf, d.h. sie will mehr minder qualifiziertes Personal, und sie will mehr Ausnahmeregelungen zur Gruppenvergrößerung.

Zudem beklagt sie das nachlassende Interesse bei der Ausbildung zur Tagesmutter, die sie dann auch gerne als Erzieherin in Kitas einsetzen möchte.

„Wir sind alle gefordert, Ermessensspielräume zu nutzen“, das ist die Maxime einer Jugenddezernentin, die für diese Stelle ungeeignet scheint. Dazu passt, dass sie die Einführung von Tablets in Kitas betreibt (s. GE 2/20), was von Wissenschaftlern als schädlich und skrupellos verurteilt wird (s. Kasten unten). Erika Beltz

Die Steuerung des Konsumverhaltens ist nur die allgemeine Basis dieser Manipulationsvorgänge. Denn mittlerweile gibt es ja die skrupellosen Initiativen, die Computer in den Grundschulen, wenn nicht gar schon in den Kindergärten einzuführen. Und zwar ohne, dass ausreichende Konzepte existierten und ohne dass über den pädagogischen Sinn der Digitalisierungsmaßnahmen Rechenschaft abgelegt würde. Stattdessen wird nach der Maxime »Ohne Rücksicht auf Verluste« gehandelt. Erhalten Computer eine zentrale Bedeutung bei der Wissensvermittlung, sind die Folgen für die Schülerinnen und Schüler bedenklich bis dramatisch. Das ist der Erkenntnisstand aller kritischen Studien über die Konsequenzen einer Privilegierung des Computers in den Schulen. Aus: "Illusionäre Ignoranz" von Dr. Werner Seppmann, Sozialwissenschaftler, in "junge Welt" vom 27.2.2020

Rhön-Kliniken – fusionieren, Umsatz steigern

Die Rhön-Kliniken AG, Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM), hat 2019 ihren Umsatz um 5,8% auf 1,3 Milliarden Euro gesteigert, der Gewinn ging aber von 51,2 Millionen auf 44,5 Millionen zurück. Kein Wunder, denn 2018 hatte das Land Hessen dem Konzern 20 Millionen Euro geschenkt, eigentlich für die Verbesserung von Forschung und Lehre am UKGM gedacht. Im laufenden Jahr will der Konzern seinen Umsatz weiter steigern auf 1,4 Milliarden Euro. Mehr Umsatz – das bedeutet noch mehr Patienten mit noch kürzeren Liegezeiten und schwereren Krankheiten mit höheren Fallpauschalen – keine guten Aussichten für das eh schon überlastete Personal.

Aber das ist noch nicht alles – der Rhön-Konzern fusioniert gerade mit dem größeren Asklepios-Konzern. Die Chefs der beiden Klinik-Giganten haben das zu ihrem eigenen Vorteil ausgeklüngelt und ihre Aktienpakete entsprechend aufgestockt und zusammengelegt. Asklepios ist ein noch

schlimmerer Ausbeuter als Rhön, in vielen seiner Krankenhäuser verhindert er Betriebsratswahlen, verweigert Tarifverträge und gliedert Teilbereiche an Subunternehmer aus.



schen lässt. Die Universitäten sind auf den guten Willen des Konzerns angewiesen, den sich dieser mit noch höheren Millionenbeträgen bezahlen lassen wird.

In keinem anderen Industrieland, nicht mal in den USA, wird ein so hoher Anteil der Patienten in privaten Kliniken behandelt wie in Deutschland. Die Klinikbetreiber haben keinerlei Interesse an einer gesunden Bevölkerung, gesunde Menschen sind für sie ein Profitrisiko.

Wenn der Trend nicht aufgehalten wird, werden die Krankheitskosten immer weiter steigen bei einer immer kränkeren Bevölkerung. Gernot Linhart

Das Land Hessen hat nach Auslaufen des Vorkaufsrechts kaum noch Einfluss auf das Klinikum, in dem die Unis Gießen und Marburg ihre Medizinstudenten ausbilden und ihre Wissenschaftler for-

Beschäftigten zahlen Tarifabschluss in Metallindustrie

In dieser Krise seien „solidarische Lösungen“ gefragt. So begründete IG-Metall-Chef Jörg Hofmann am 20.3. die kurz zuvor in Nordrhein-Westfalen erzielte Tarifvereinbarung. Gemeint ist allerdings nicht der Zusammenhalt der abhängig Beschäftigten, die ihre Interessen gegenüber Unternehmern und Regierung gemeinsam und solidarisch vertreten. Vielmehr spricht der Sozialdemokrat Hofmann von der „Solidarität“ zwischen Beschäftigten und Konzernen...

Die Zahlungen für Beschäftigte in Kurzarbeit sollen demnach von den gesetzlichen 60 bzw. 67% des Nettolohns auf etwa 80% aufgestockt werden. Finanziert wird das zu einem Teil von den Betroffenen selbst, nämlich durch die monatliche Auszahlung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes – so wie übrigens auch das Kurzarbeitergeld aus ihren Sozialbeiträgen finanziert wird. Der Rest kommt aus einem „Solidartopf“, in den die Unternehmen für jeden Beschäftigten 350 Euro einzahlen. Im Gegenzug sparen sie sich aber die Lohnerhöhung, die bei nicht ausgesetzter Tarifrunde nun fällig wäre...

Während der Laden brummt, haben die Konzerne Rekordgewinne eingefahren und nicht wenig davon an ihre Aktionäre ausgeschüttet. Jetzt heißt es plötzlich, es sei kein Geld mehr da. Die Beschäftigten müssen die Last schultern, obwohl nicht mal garantiert ist, dass sie wenigstens ihre Arbeit behalten. Denn angesichts der konjunkturellen und strukturellen Krise – die schon vor der Coronaviruspandemie einsetzte – ist ein schnell einsetzender Boom wie 2010 sehr unwahrscheinlich.

Daniel Behruzi (gekürzt aus „junge Welt“ vom 21.3.; der vollständige Artikel steht hier: <https://www.jungewelt.de/artikel/374935.beschaeftigte-zahlen.html?sstr=Beschaeftigtezahlen>)

KdU - Überprüfung lohnt sich

Neben den (viel zu niedrig bemessenen) Regelsätzen erhalten Hartz-IV-Empfänger die Mietkosten „in angemessener Höhe“ erstattet, ebenso bei Grundsicherung. Diese Beträge wurden im Herbst 2019 – je nach Wohnort – in Gießen und im Landkreis neu festgelegt, wobei die Berechnungsgrundlage alles andere als schlüssig ist.

Wer in Gießen wohnt, kann 65 Euro mehr erhalten, was angesichts steigender Miete auch angebracht ist.

Aber wer z.B. in Heuchelheim oder Wetztenberg lebt, kann jetzt 52 Euro weniger bekommen, obwohl er vorher sogar mehr als die Gießener erhalten hatte. Er muss jetzt mit dem gleichen niedrigen Betrag vorlieb nehmen wie z.B. Betroffene in Rabenau, obwohl dort die Mieten ver-

gleichsweise weniger hoch sind.

Die Begründung hängt mit komplizierten Kriterien und mit der Aufteilung in vier sog. „Vergleichsräume“ zusammen, die recht willkürlich festgelegt wurden. Ob die Bescheide nachvollziehbar begründet sind, sollte gegebenenfalls geprüft werden.

Alle Bedürftigen, deren Mieten nur teilweise bezuschusst wurden, können erfolgversprechend beim Jobcenter oder beim Sozialamt beantragen, sämtliche Bewilligungsbescheide, die Leistungen ab **Januar 2019** enthalten, rückwirkend überprüfen zu lassen. Ein Rechtsanwalt kann dann das ganze Verfahren kostenfrei führen, wenn zuvor ein Beratungshilfeschein vom Amtsgericht geholt wird.

Erika Beltz

Ein lohnendes Beispiel

Für das Jahr 2019 müssen nach erfolgreicher Antragsstellung (oder auch nach einem anschließenden Widerspruchsverfahren) einer alleinlebenden hilfsbedürftigen Person bis zu 780 Euro nachgezahlt werden.

Brandplatz-Tiefgarage: Und sie versuchen es immer wieder

Die CDU mit Bürgermeister Neidel, die Einzelhandels-BIDs, „Gießen aktiv“, das Landesgartenschau-Triumvirat Balsler-Ebert-Kirchhof wollen wieder gemeinsam versuchen eine Tiefgarage am Brandplatz durchzuboxen. CDU-Neidel hat dazu schon konkrete Pläne, wie eine Kostenschätzung (viel zu niedrige 3,75 Millionen) oder, dass ein Investor für die Stadt einspringt, also eine Privatisierung städtischen Grund und Bodens.

Sogar vor einem üblen Trick, die Tiefgarage in einem Entwicklungskonzept 'Grüner Anlagenring Innenstadt' zu verstecken, schreckte der Bürgermeister nicht zurück. Das gab Ärger mit der SPD und der OB, während die Grüne G. Weigel-Greilich mehr bedauernd äußerte: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Fraktion den Bau einer Tiefgarage unterm Brandplatz mitmacht“. Der Gießener Anzei-

gerschrieb am 20.2.2020: „...Letztlich votierten die Koalitionäre dafür, eine Tiefgarage bei einer Umgestaltung der Parkplätze des Brandplatzes als eine mögliche Variante in Erwägung zu ziehen...“ und merkte an: „Die Tiefgarage ist wieder im Gespräch!“

Wachsamkeit, Widerstand und Resistenz gegen alle rhetorischen Tricks sind also dringend geboten.

Offensichtlich wollen diese Kräfte erneut ihre Niederlage von 1982 drehen. Damals hatte die Bürgerinitiative „Was soll aus dem Brandplatz werden?“ mit den Plänen des Gießener Bautechnikers Werner Ort Müller und über 8000 Unterschriften von Gießenern erreicht, dass der Magistrat beschloss, auf Hotelbau und Tiefgarage zu verzichten. Die DKP war aktiv dabei.

Bereits im **Dezember 1981** schrieb Michael Beltz im „Gießener Echo“

unter dem Titel „**Tiefgarage – ein Holzweg**“ die Forderungen der DKP:

„Der Verkehr muss aus der Innenstadt herausgehalten, den auswärtigen Autofahrern Parkraum am Stadtrand und günstige Busverbindung in die Innenstadt angeboten werden. Die Millionen-Beträge für die Tiefgaragen sind für den Ausbau des Nahverkehrs zu verwenden.“ Und das gilt heute noch!

Heute ist die Gießener Bevölkerung im höchsten Grade NO₂- und Feinstaub-geschädigt. Das erfordert ein weit reichendes Verkehrskonzept mit „Park and Ride“-System. Das juckt aber die Führer des Gießener Einzelhandels nicht. Denn, wer das Euro-Zeichen vor Augen hat, wird blind! Das ist angewandter Kapitalismus!

M. Berger

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

Reaktionen Dönerviereck

Es gab Reaktionen von Lesern des Gießener Echos auf den Artikel in der März-Ausgabe. So wurde sich bedankt, dass das Echo endlich die Zustände Asterweg/Dammstraße benannt hatte, da wenig Vertrauen in die Stadt Gießen gesetzt wird. Das Ordnungsamt macht in der Regel einen großen Bogen um das Gebiet und glänzt durch Nichttätigkeit, so Anwohner gegenüber DKP-Mitgliedern. Immerhin: Kurz nach dem Erscheinen des letzten Echos wurde beim Späti in der Dammstraße eine Dixie-Toilette aufgestellt; außerdem wurden Markierungen (Ladezone) angebracht.



Während der Demonstration zum Internationalen Frauentag wurde die Löwengasse symbolisch in "Ria-Deeg-Str." umbenannt. Bisher hat die Stadt eine entsprechende Ehrung der vor 20 Jahren verstorbenen Antifaschistin und Kommunistin, die wegen ihres Widerstandskampfes von den Faschisten ins Zuchthaus gesperrt wurde, verweigert.

Das ist Tragesers "Vertragserfüllung"



So sieht die Wiese am Lahnufer drei Monate nach dem „Winterzauber“ aus. Doch statt grünem Gras mit Gänseblümchen großflächige Schlammflöcher. Von einer pflichtgemäßen Wiederherstellung der Wiese durch den Veranstalter kann keine Rede sein. Ob die Stadt ihm die 5000 Euro Kautions schon zurück gezahlt hat? Bevor darüber wieder Gras gewachsen ist, droht das nächste „Trageser-Event“.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
Woche für Woche antikapitalistisch!

6 Wochen kostenlos testen
www.unsere-zeit.de
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

Parteitag der DKP setzt Zeichen für die Zukunft

Vom 28. Februar bis 1. März fand der 23. Parteitag der DKP in Frankfurt am Main statt, zu dem über 250 Delegierte und Gäste zusammenkamen. Die kämpferische Stimmung war überall zu spüren, Widerstand ist angesagt. Das beginnt mit dem Kampf gegen Krieg, wie Patrik Köbele, der mit großer Mehrheit wiedergewählte Vorsitzende, betonte. Die militärische Strategie des deutschen Imperialismus muss durchkreuzt werden. Dazu gehören Proteste gegen das Kriegsbündnis NATO, gegen die stärker steigende Aufrüstung bis hin zum

Ausbau der Atomwaffen sowie ganz aktuell gegen das Kriegsmanöver „Defender 2020“. Die Milliarden, die hier mit dem Ziel zum Töten vergeudet werden, fehlen beim Leben: bei Bildung, Gesundheit, Klima, Wohnungsbau und Verkehr. Erstmals wurde ein Erfahrungsaustausch zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie zur Parteistärkung durchgeführt. Dabei zeigte sich, wie aktiv die Genossinnen und Genossen vor Ort sind. Berichtet wurde u.a. über erste Erfolge bei der Personalbemessung im Gesundheitswe-

sen, vom erfolgreichen Kampf für Tarifbindung in Metallbetrieben, über Probleme bei der Konversion in der Automobilindustrie und Zusammenhänge von Be-

triebsarbeit und Kommunalpolitik. Alle diese Beispiele dienen auch als Anregungen und machen Mut für weitere Aktionen. In den kommenden Tarifauseinandersetzungen im Öffentlichen Personennahverkehr wird es darum gehen, eine echte Verkehrswende einzuleiten. Dazu müssen die Systeme des Nah- und Fernverkehrs ausgebaut sowie in gesellschaftliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle gebracht werden. In den Klima- und Umweltfragen waren sich die Delegierten einig, dass schnell und nachhaltig gehandelt werden muss. Dabei dürfen die Kosten nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden, während die Unternehmer Milliarden an Subventionen erhalten. Auch die internationale Solidarität wird weitergeführt: So wird in Kuba der Aufbau eines Studienzentrums unterstützt, das dem Leben und Werk von Fidel Castro gewidmet ist.

Rainer Grabowski



unseren Kindern bejubelt werden. Die sagten immer: Etwas Besseres als den Tod finden wir überall. Und alle stimmen ihnen zu. Dem Esel, dem Hund, der Katze und dem Hahn. Das erinnert mich an die Flüchtlinge, die man haben möchte, weil sie zu etwas zu gebrauchen seien, sie nützlich seien. Den Rest lässt man ganz christlich ersaufen. Wolfgang Seibt

Leserbrief

Der eifrige Zeitungsleser wird vorgewarnt, die Flüchtlinge kommen. Wieder einmal. Warum? Weil das hilflose Genußschel der Kanzlerin, man müsse etwas gegen die Fluchtursachen tun, nur eine der üblichen politischen leeren Phrasen war? Das ist jetzt mal egal. - Da gab es doch vier bekannte Flüchtlinge, die von

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Ich möchte:

- das Gießener Echo abonnieren
- das GE online abonnieren
- Infos bekommen
- Einladung zu Veranstaltungen

Name:.....

Anschrift:.....

Mail:.....

Idlib:

Der freie Westen kämpft für Al Kaida

Von Erdogan bis Habeck – alle Freunde der Menschenrechte sind sich einig: Dem syrischen Zweig der Terrororganisation Al Kaida muss in Idlib in Nordsyrien ein Territorium erhalten bleiben, von dem aus er mit Raketen, Drohnen und Terrorkommandos ein normales Leben und den Wiederaufbau eines säkularen Syriens verhindern kann. Manche, wie die Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer, sprachen sogar davon, wegen der humanitären Krise militärisch einzugreifen - auf Seiten der türkischen Söldner und der Dschihadisten.

Aus allen Gebieten, aus denen die syrische Armee die Dschihadisten vertreiben konnten, durften die Kämpfer mit ihren Familien und ihren persönlichen Waffen nach Idlib ausreisen, die Regierung stellte sogar Busse bereit. Dort aber führten sie keineswegs ein friedliches Leben.

Sie zwangen der ansässigen Bevölkerung ihre radikale Auslegung des Korans auf und wurden von der Türkei wieder mit Kanonen, Raketen und Drohnen versorgt, die Finanzierung übernahmen die reaktionären Golf-Monarchien und die EU.

So konnten sie wichtige Verkehrswege blockieren und Städte wie Aleppo, Homs und Latakia beschießen. Schließlich entschloss sich die syrische Regierung, die Terroristen, von denen die wenigsten Syrier sind, auch aus diesem Gebiet zu vertreiben – so wie die USA und ihre Verbündeten den IS aus ihren Hochburgen Rakka und Mossul vertrieben (nachdem sie zu groß und nicht mehr kontrollierbar geworden waren).

Der Zivilbevölkerung und Kämpfern, die zur Aufgabe bereit waren, wurde die Gelegenheit zur Ausreise in von der Regierung kontrollierte Städte angeboten – was die Dschihadisten mit Waffengewalt verhinderten. Die Reaktion der westlichen Regierungen und Medien konnte jeder beobachten. Die Vertreibung des IS durch die US-Verbündeten wurde trotz totaler Zerstörung der Städte und zigtausender toter Zivilisten als Heldentat gefeiert, die Vertreibung der Al Kaida durch die syrische Armee wird als Verbrechen dargestellt.

Gernot Linhart

Redaktionsschluss für Mai-Echo: Mi., 22. April

Die fragwürdigen Machenschaften des BfV

„Die höchste Bedrohung in unserem Land geht vom Rechtsextremismus aus“. Diese Erkenntnis vertritt nun auch Innenminister Seehofer (CSU). Und sein Fraktionschef Brinkhaus (CDU) ergänzte: „Der Feind unserer Demokratie steht in diesen Tagen rechts und nirgendwo anders.“ - Nach Kassel, Halle und Hanau ist man erschüttert, lässt aber Erklärungen vermissen, wieso diese Verbrechen nicht verhindert wurden. Denn alle drei Terroristen - Stefan Ernst, Stephan Balliet, Tobias Rathjen - waren vorher dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) bekannt, standen zum Teil mit ihm sogar in enger Verbindung und hatten aus ihrer rassistischen Gesinnung öffentlich keinen Hehl gemacht.

Auch der Polizeieinsatz danach wirft Fragen auf. Warum war die Synagoge in Halle am höchsten jüdischen Feier-

tag nicht besser geschützt? Warum traf die Polizei erst zehn Minuten nach dem ersten Anruf und nur zu zweit am Tatort ein, leistete den Opfern nicht gleich Erste Hilfe und ließ den Täter ungehindert nochmals vorbeifahren, ohne die Verfolgung aufzunehmen, obwohl das Kennzeichen bekannt war?

Auch in Hanau erschien die Polizei sehr spät, informierte nicht sofort die zuständige Anti-Terror-Einheit, ließ den Täter in seine Wohnung entkommen und brauchte vier Stunden, bis sie dort eindrang.

Sind das nur Pleiten, Pech und Pannen oder steckt da mehr dahinter?

Seit dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin 2016, wo noch viel mehr Ungereimtheiten (auch sich direkt widersprechende Aussagen von V-Leuten) aufgetreten sind, wurde der Verfassungsschutz ausgebaut und seine Befugnisse erweitert, um solche Anschläge zu verhindern. Ist das

nun das Ergebnis? Was stimmt da nicht? Allein in Hessen stehen aktuell 38 Polizeibeamte wegen rechtsextremer Umtriebe unter Verdacht.

Die Landesregierung mauert – wie bei den NSU-Akten. Sie sollten 120 Jahre lang unter Verschluss gehalten werden. Nach Protesten wurde die Frist lediglich auf 30 Jahre reduziert, obwohl sie auch zur Aufklärung des Mordes an Dr. Walter Lübcke entscheidend beitragen können.

Jetzt wurde eine Petition an den Landtag zur Freigabe der Akten eingereicht mit 67.000 Unterzeichnern, inzwischen sind es mehr als 90.000, die höchste Zahl, die je so eine Petition erreicht hat. Die Entscheidung allerdings liegt allein beim Innenminister.

Erika Beltz

Den ausführlichen Petitionstext mit Hintergrund finden Sie hier: <https://www.change.org/p/hessischer-landtag-geben-sie-die-nsu-akten-frei-nsu-akten-luebcke-hanau>



Wir bitten um Bezahlung der Abogebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herauszubringen.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser.

Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit. **Sparkasse Gießen, IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70.** Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

China und Italien: Über Solidarität und Umgang mit der Seuche

In der VR China scheint die Seuche gebannt, es gibt keine lokalen, aber importierte Neuinfektionen, daher besteht weiter die Gefahr einer erneuten Ausbreitung. Es gab 3.237 Todesfälle, aber auch 69.000 Erkrankte, die geheilt wurden. Wie konnte das in nur drei Monaten erreicht werden?

Die chinesische Regierung hat schnellstmöglich umfassendste, strengste und gründlichste Maßnahmen ergriffen, ein flächendeckendes und integratives System zur Prävention und Kontrolle landesweit eingerichtet, die am stärksten betroffenen Städte abgeriegelt, die Frühlingsferien verlängert sowie innerhalb von 15 Tagen zwei Spezialkrankenhäuser gebaut. In Hinsicht auf Schnelligkeit, Strenge und Umfang suchen diese Maßnahmen weltweit ihresgleichen. Tests und Behandlungen wurden kostenlos durchgeführt. Die Strom-, Funk- und Heizungsunternehmen verpflichteten sich, Kunden auch bei ausbleibenden Zahlungen weiter zu versorgen. Staatliche Industriebetriebe lenkten ihre Produktion auf lebenswichtige Güter und medizinische Versorgung um. Diejenigen, die können, ar-

beiteten von zu Hause aus und Angestellte aus der Dienstleistungsbranche wurden zum Beispiel in der Zulieferindustrie eingesetzt, um Beschäftigung und Löhne aufrechtzuerhalten. Zu keinem Zeitpunkt waren die Dinge des täglichen Bedarfs schwer zu beschaffen – nicht einmal Toilettenpapier.

Im kapitalistischen Italien sind bis 22.3. 4.825 Menschen gestorben, mehr als in der VR China. Statt Hilfe zu leisten, beschloss die EU, das deutsche Exportverbot umgehend für sämtliche Mitgliedstaaten verpflichtend zu machen und die Ausfuhr wichtiger Güter zur Seuchen-Bekämpfung allenfalls noch in Ausnahmefällen zu gestatten. Am härtesten betroffen davon ist Italien. Dagegen hilft China: Bereits am 12.3. war eine neunköpfige Gruppe von Experten aus der Volksrepublik in Italien angekommen. Am 19.3. folgte ein Team von 37 chinesischen Ärzten und Sanitätern mit 20 Tonnen Material, in den kommenden Tagen sollen weitere folgen.

Auch auf Kuba kann man sich in Italien verlassen. 53 Ärzte und Krankenschwestern kommen zur Hilfe.

(Fortsetzung von Seite 1)

Stellungnahme der DKP zur Corona-Krise

tems. Aber sie waren es, die im Auftrag des Monopolkapitals das Gesundheitssystem in ein Mittel der Profitmaximierung verwandelt haben. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Misere nun ausbaden und Höchstleistungen erbringen müssen, um den Menschen zu helfen.

Während Eltern mit Kindern angesichts der sicher sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung dastehen und gezwungen sind Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen, während prekär Beschäftigte ihre Arbeitsplätze verlieren und ihre Mieten nicht mehr zahlen können und kleine Selbstständige vor der Pleite stehen, werden 500 Milliarden für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung gestellt.

Während die kulturelle und politische Betätigung eingeschränkt wird, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, wird die Anwesenheit am Arbeitsplatz erwartet und zwar nicht da, wo es im gesellschaftlichen Interesse notwendig ist, sondern dort, wo es die Profite sichert.

Die Maßnahmen, die von Bundes-

- und Landesregierung ergriffen werden, sind keineswegs angemessen, sondern erfolgen zugunsten des Monopolkapitals zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten und der Werktätigen insgesamt.

Wir fordern aktuell:

* Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstausfalls für alle abhängig Beschäftigten und sonstigen Werktätigen, die aufgrund des Coronavirus ihre Einnahmen verlieren, sei es aufgrund von Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen, Erkrankung, Quarantäne, chronischen Erkrankungen oder Betriebsschließungen.

* Sinnvolle Maßnahmen wie die Ausweitung der Telearbeit dürfen nicht zum Abbau von Schutzregelungen und entgrenzter Arbeitszeit führen.

* Sofortiger Ausbau des Gesundheitswesens, Personalaufstockung und Kontrolle der Pharmaindustrie.

* Die Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Konzerne zu tragen sowie durch eine massive Kürzung der Rüstungsausgaben.

* Sofortige Beendigung und nicht nur ein „Einfrieren“ des US-Kriegsmanövers „Defender 2020“. Neben der

Kriegsgefahr und den Kosten führt auch dieses zur einer weiteren unkontrollierten Verbreitung des Virus. (Das Manöver wurde inzwischen abgesagt, d.Red.)

Lassen wir uns nicht einlullen vom Gerede der Herrschenden und Regierenden, dass „wir zusammenstehen müssen“. Nach wie vor gilt: Es gibt kein „Wir“ in der Klassengesellschaft.

Die Pandemie zeigt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschen zu lösen. Wie es anders geht zeigen derzeit China und Kuba.

In beiden Ländern wurden erhebliche Mittel in das Gesundheitssystem investiert. China und Kuba helfen unter anderem in Italien und Venezuela mit medizinischen Geräten und Spezialisten – das ist konkrete Solidarität.

Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen auf allen Ebenen, von der internationalen Solidarität bis hin zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung im Stadtteil. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir gemeinsam für unsere Rechte!

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Ein Kommentar zu Merkels Fernsehansprache

„Jetzt haben wir Frau Merkel im Fernsehen gehört. Sie hat sich zum Corona Virus und der Situation geäußert. Sicherlich ist es so, dass dieser Virus für die Gesundheit der Menschen in unserem Land bedrohlich ist, Todesopfer fordert und man gegen diese Epidemie kämpfen muss.

Und trotzdem war diese Rede meines Erachtens ein Schlag in das Gesicht für viele Menschen. Da bedankt sie sich bei den Menschen des Pflegedienstes, bei den Menschen, die an den Supermarktkassen sitzen und die Regale einräumen. Und trotzdem ist sie mitschuldig, sie ist mitverantwortlich, dass diese Menschen in pre-

kären Verhältnissen arbeiten, dass das Gesundheitswesen heruntergewirtschaftet wurde, dass die Beschäftigten dort auf dem Zahnfleisch kriechen. - Dieser Dank muss doch als Heuchelei empfunden werden. Als Heuchelei erst recht, wenn man feststellt, dass plötzlich Geld da ist, Geld ohne Begrenzung. Es sprudelt, um vor allem die Banken und Konzerne zu unterstützen. - Der kleine Eis Händler, die anderen kleinen Händler, wo müssen sie hingehen, wenn sie Hilfe brauchen?

Sie sollen sich zur Kreditaufnahme an eine Bank wenden, welche an diesen Krediten verdient.

Und diese Kredite finanzieren die Banken mit Geldern, für die letzten Endes wir, die Steuerzahler, gerade stehen. - Nein, diese Rede der Kanzlerin Merkel war kein Beispiel für Offenheit, sondern ein Beispiel für Heuchelei. Heuchelei auch deswegen, weil offensichtlich diese schlimme Krankheit benutzt wird, um hier den Notstand zu üben. Den Notstand, den die Herrschenden üben wollen, weil sie Angst haben, dass ihre Scheinerklärungen brüchig werden.

Was wir gestern jetzt aber allerdings gemerkt haben, ist NEIN, mit den Herrschenden in diesem Land gibt es kein WIR.“
P.Köbele

Wegen Corona wurden auch alle DKP-Veranstaltungen und Info-Stände vorerst abgesagt.



blog.unsere-zeit.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook